

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

25.3.1900 (No. 84)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. März.

Nr. 84.

1900.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 9. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister Friedrich Abel in Gernsbach das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub höchstehendes Ordens vom Jahrgang 1899 zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. März 1900 gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg Dr. Ludwig Gattermann zum ordentlichen Professor der Chemie und Technologie in der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg zu ernennen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 17. März 1900 den Sekretariatsassistenten Gustav Schneider beim Landgericht Mannheim zum Sekretär bei diesem Gerichte ernannt.

Mit Entschließung des Ministeriums des Innern vom 12. März 1900 wurde Revident Max Bürlin in Schönau zur Landesversicherungsanstalt Baden versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 13. März d. J. wurde Expeditionsassistent Max Briegel in Basel zur Centralverwaltung versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Vor der Entscheidung.

Nach der ersten Lesung über die Flottennovelle im Februar d. J. ist der Gesetzentwurf an die Budgetkommission verwiesen worden. Da diese in den nächsten Tagen mit der Beratung der Novelle beginnen wird, erscheint es angezeigt, noch einmal diejenigen Gründe kurz zu wiederholen, welche bei der Etatsberatung und der ersten Lesung der Novelle von Seiten der Vertreter der Verbündeten Regierungen angeführt worden sind.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wies mit Nachdruck darauf hin, daß die politischen Verhältnisse sich in den letzten zwei Jahren in einer Weise entwickelt hätten, wie es Niemand voraussehen konnte. Zwei Momente verbieten eine passive Haltung Deutschlands; es gilt einmal, die durch schwere Kämpfe errungene europäische Machtstellung zu behaupten, und es gilt ferner, die Stellung im Weltverkehr zu wahren, die deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit sich errungen haben. Durch seine überseeischen Interessen, durch den Aufschwung von Industrie und Handel ist Deutschland in die Weltwirtschaft und damit in die Weltpolitik hineingezogen worden. Wie Deutschland nur deshalb, weil es über eine starke Landarmee verfügte, seit dreißig Jahren eine ausschlaggebende europäische Stellung hat einnehmen können, so kann es auch jetzt nur durch eine erhebliche Verstärkung seiner Seemacht ein achtunggebietender Faktor in der Weltpolitik sein und seine täglich stärker und umfangreicher werdenden überseeischen Interessen in der seinem Ansehen angemessenen und würdigen Weise schützen. Und wie in den letzten Jahren fast alle Mächte zu einer erheblichen Vermehrung ihrer maritimen Machtmittel geschritten sind, so darf auch Deutschland damit nicht zögern, um neben den übrigen Weltmächten seine Stellung in der entsprechenden Weise zu behaupten.

Die militärischen Gesichtspunkte der Flottennovelle legte der Staatssekretär des Reichsmarineamts im Laufe der Verhandlungen ungefähr folgendermaßen dar: Wenn man den schwierigsten Kriegsfall in's Auge faßt, sind dem seemächtigsten Gegner gegenüber Kreuzerrieg oder transoceanischer Krieg aussichtslos, schon wegen des gänzlichen Mangels an Stützpunkten auf deutscher Seite und wegen des Ueberflusses an solchen auf der anderen Seite. Deshalb muß die deutsche Marine so eingerichtet werden, daß ihre höchste Kriegsfähigkeit in einem Verteidigungskriege in der Nordsee und in der Seezucht daselbst liegt. Kreuzer für den Auslandsdienst sind nur in solcher Zahl vorzusehen, um die deutschen überseeischen Interessen überall im Frieden kraftvoll zu vertreten und um Staaten von geringer Seemacht gegenüber ausreichende Streitkräfte zur Hand zu haben. Schon aus diesen beiden Gesichtspunkten, die dem Flottengesetz von 1898 zu Grunde lagen, ergibt sich, daß mit diesem Gesetz ein endgültiger Abschluß nicht erreicht sein konnte. Was die Frage der Personalergänzung und

der Leistungsfähigkeit von Schiffbau und Industrie betrafte, so wies der Staatssekretär nach, daß gerade die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes unsere Leistungsfähigkeit nach allen Richtungen hin so gesteigert habe, wie man es vor zwei Jahren kaum hätte ahnen können. Er sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß, wenn das neue Flottenprogramm gesetzlich festgelegt würde, die etwa entgegenstehenden Hindernisse auf materiellem und personellem Gebiet ohne Schwierigkeit überwunden werden würden.

Auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern hat in der Reichstagsitzung vom 9. Februar auf die gewaltige Steigerung des deutschen Außenhandels aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1889 bis 1899 unsere Ausfuhr um durchschnittlich 80 Millionen jährlich gewachsen ist. Die Einfuhr von Rohprodukten für die Industrie ist in diesen zehn Jahren um über 500 Millionen gestiegen, die Ausfuhr von Fabrikaten um 300 Millionen, während die Einfuhr von Fabrikaten sich nur um etwa 22 Millionen gehoben hat. Allein von 1897 bis 1898 hat die Einfuhr von Rohstoffen für industrielle Zwecke eine Steigerung von 146 Millionen erfahren. Es sind heute zwei Drittel unserer industriellen Bevölkerung in ihrer Erwerbstätigkeit in hohem Maße von der ungehinderten Ein- und Ausfuhr zur See abhängig. Demgegenüber steht die Gefahr eines unglücklichen Seekrieges. Wenn heute angenommen werden kann, daß wegen der ungeheuren Kosten, die ein Landkrieg bei den aufgetriebenen großen Truppenmassen mit sich bringt, jeder Staat eine baldige endgültige Entscheidung herbeiführen wird, so muß umgekehrt vermutet werden, daß ein Seekrieg, um der Handelsinteressen willen entbrannt, voraussichtlich von längerer Dauer sein wird. Welche Folgen eine Blockade für die deutsche Volkswirtschaft, welche kritischen Zustände eine Unterbindung der See-Einfuhr und -Ausfuhr für die erwerbstätige Bevölkerung hätte, soll hier nicht weiter ausgeführt werden; mit Recht hat aber der Staatssekretär im Reichsamts des Innern bei Beratung der Flottennovelle im Reichstag auf einen Punkt besonders hingewiesen, nämlich auf die Konzentration der Arbeitermassen in den großen Städten und auf die dadurch im Falle einer Krisis hervorgerufenen sozialen Zustände.

Ueber die Frage der Kostendeckung werden voraussichtlich erhebliche Diskussionen in der Kommission stattfinden. Es sei deshalb nur betont, daß es, abgesehen von den Vertretern gewisser radikaler Parteien, die aber jede Ausgabe für die Zwecke der Landesverteidigung als unproduktiv bemängeln, Niemanden in Deutschland gibt, der ernstlich die finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes in Betreff der Flottenvermehrung bezweifelt. Wir zweifeln nicht daran, daß das deutsche Volk gewillt ist, seine Großmachtstellung zu behaupten und die damit verbundenen Opfer bereitwillig zu tragen. Seit einem Menschenalter hat Deutschland seine achtunggebietende Landmacht dazu benutzt, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten. Auch der starken deutschen Flotte wird nur die Aufgabe beschieden sein, die friedliche Entwicklung Deutschlands sicherzustellen.

Ausländisch-polnische Arbeiter in Baden.

Aus den in Baden gemachten Erhebungen hat sich ergeben, daß die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter im Großherzogthum nur in ganz beschränktem Umfange und nur in einigen wenigen vereinzelt landwirtschaftlichen Betrieben der Amtsbezirke Bruchsal, Bretten, Eppingen, Heidelberg, Schwetzingen, Mannheim, Weinheim, Sinsheim und Konstanz, sowie in einigen wenigen gewerblichen und industriellen Betrieben im vergangenen Jahre stattgefunden hat. Die Gesamtzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten auswärtigen ausländisch-polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen betrug etwa 300, der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen etwa 150. Das Verhalten der ausländisch-polnischen Arbeiter hat im allgemeinen zu erheblichen Beanstandungen keinen Anlaß gegeben; dagegen wurde bei den an den verschiedenen Orten beschäftigten Arbeitern mehrfach das Vorhandensein von allerlei Augenkrankheiten (Trachoma, Schwelkatarrh, Augenkatarrh, Augenentzündungen u. s. w.) festgestellt. Das badische Ministerium des Innern hat sich nun, wie die „Südd. Reichst.-Z.“ erfährt, auf Grund der Erhebungen für Festsetzung folgender Bestimmungen entschieden:

(Mit einer Beilage.)

Die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter ist nur in der Zeit vom 1. März bis 1. Dezember gestattet.

Ausländisch-polnische Arbeiter können nur in landwirtschaftlichen Betrieben und deren Nebenbetrieben, in gewerblichen und industriellen Betrieben nur insoweit beschäftigt werden, als der Bezirksrat ein diesbezügliches wirtschaftliches Bedürfnis als vorhanden annimmt, und auch in diesem Falle nur jeweils in der Zeit vom 1. März bis 1. Dezember. Im Gefinbedienst dürfen ausländisch-polnische Arbeiter nicht verwendet werden. Das Gleiche gilt für die Beschäftigung als Gesellen und Lehrlinge im Handwerksbetrieb.

Es können nur einzeln stehende Arbeiter oder Arbeiterinnen, keine Familien und keine schulpflichtigen Kinder, beschäftigt werden. Die ausländisch-polnischen Arbeiter müssen mit einer ausreichenden, unerbüchlichen, ihre Staatsangehörigkeit glaubhaft machenden Legitimation versehen sein.

Die Arbeitgeber, welche ausländisch-polnische Arbeiter beschäftigen wollen, haben jeweils vor Beginn der Beschäftigung in einer der Ortspolizeibehörde vorzulegen schriftlichen Erklärung — Verpflichtungsschein — folgende Verpflichtungen zu übernehmen:

a. Die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter ist auf die Zeit vom 1. März bis 1. Dezember zu beschränken. b. Die Beschäftigung darf nur in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, nicht aber im Gefinbedienst oder im Handwerksbetrieb, in sonstigen gewerblichen, sowie in industriellen Betrieben jedoch nur dann erfolgen, wenn der Bezirksrat anerkannt hat, daß ein diesbezügliches wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. c. Die Annahme ausländisch-polnischer Arbeiter ist auf einzeln stehende Personen, die nicht mehr schulpflichtig sind, zu beschränken. d. Die zur Beschäftigung angenommenen ausländisch-polnischen Arbeiter sind von den übrigen Arbeitern abgefordert und getrennt nach Geschlechtern unterzubringen. e. Dieselben sind binnen drei Tagen nicht nur zum örtlichen Meldebüro, sondern auch mittelst schriftlichen Verzeichnisses unter Beifügung der vorgeschriebenen Legitimationspapiere bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. f. Dieselben sind — unbefehlet der von Amtswegen vorzunehmenden bezirksärztlichen Untersuchung — binnen drei Tagen nach ihrer Ankunft auf Kosten des Arbeitgebers auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen und soweit erforderlich impfen zu lassen. Auch ist das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung unter Beifügung der Bescheinigung des Arztes alsbald der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. g. Der Ortspolizeibehörde ist sofort Anzeige zu machen, falls ausländisch-polnische Arbeiter heimlich und ordnungswidrig die Arbeitsstätte verlassen. h. Der Ortspolizeibehörde ist drei Tage vor dem Zeitpunkt, zu welchem die Entlassung dieser Arbeiter erfolgen soll, eine Anzeige hierüber zu erstatten. i. Die Arbeitgeber haben diejenigen Kosten zu erstatten, welche durch einen nach dem Ermessen der Behörde etwa notwendig werdenden Rücktransport der ausländisch-polnischen Arbeiter bis zur Reichsgrenze nach Abschluß der Beschäftigungszeit entstehen. k. Die Verpflichtungen unter a bis i sind auch in Bezug auf die noch im laufenden Jahre in Beschäftigung tretenden ausländisch-polnischen Arbeiter zu übernehmen.

Die Großh. Bezirksämter haben über die Einhaltung der Bedingungen, von deren Beachtung es abhängt, ob die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter unbeanstandet bleibt, zu wachen, sowie insbesondere an Ort und Stelle eine Untersuchung der betreffenden Arbeiter vorzunehmen zu lassen und je nach deren Ergebnis die zur Verhütung der Verbreitung einer ansteckenden Krankheit erforderlichen Anordnungen zu treffen. Der Großh. Bezirksarzt hat bei der Untersuchung der Arbeiter auch der Unterbringung derselben seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und falls in dieser Beziehung sich erhebliche Mängel ergeben sollten, die zur Abstellung derselben erforderlichen Maßnahmen zu beantragen.

Das badische Ministerium des Innern ist bei Festsetzung der vorstehenden Bestimmungen von der Absicht geleitet worden, die Ansiedelung der ausländisch-polnischen Arbeiter im Inlande zu verhüten.

Finanzielle Rundschau.

Frankfurt, 23. März.

Weder muß eine weitere rückläufige Bewegung der deutschen Anlagepapiere konstatiert werden, und diese macht sich in um so ungünstigerer Weise für die Gesamtstimmung geltend, als man sieht, wie die Schuldverschreibungen anderer Staaten, die uns an Belegenheit und finanzieller Kraft nicht nur nicht überlegen, sondern nicht einmal ebenbürtig sind, höher stehen als die deutschen Staatsanleihen. Schweden, Norwegen, die Schweiz und noch manch' andere Länder sind für ihre Bedürfnisse auf die Unterstützung des Auslandes angewiesen. Die deutschen Staatsanleihen befinden sich fast ohne Ausnahme im Besitze des deutschen Publikums, das noch dazu die Kraft hat, große Beträge anderer Werte aufzunehmen. Es kann eben immer nur wiederholt werden, daß es in der nicht genügend geschickten Behandlung des Marktes liegt, wenn das Publikum mehr und mehr den deutschen Staatspapieren entfremdet wird. Wenn man die Berichte der Banken überblickt, die jetzt zur Mehrzahl erschienen sind, so findet man, daß dasjenige Institut, welches große Beträge in deutschen Staatspapieren liegen hatte, empfindliche Verluste daran erlitten hat. Seit Anfang dieses Jahres sind unsere Standardpapiere weiter erheblich zurückgegangen, 3 1/2 proz. Preussische Consols von 98.20 auf 95.35, 3 proz. von 89.— auf 86.40, 3 1/2 proz. Reichsanleihe von 98.10 auf 95.35, 3 proz. von 89.— auf 86.20, 3 1/2 proz.

gehen noch weitere Anträge um Aufnahme kranker Personen ein. Um der steten Nachfrage einigermaßen zu genügen, wird die Errichtung eines Sommerbaracks beabsichtigt. Für später ist die Errichtung eines weiteren Anstaltsgebäudes in der Nähe des jetzigen Gesehungsheims für weiblich Kranke in Aussicht genommen.

Karlsruher Kunstverein.

Im Kunstverein ist von Professor Eugen Bracht (Berlin) eine große Kollektion von Landschaften ausgestellt: Werke eines hervorragenden und ausgereiften Künstlers, einer ausgeprägten und zielbewußten künstlerischen Persönlichkeit. Es liegt in diesen Bildern eine unendliche Kraft und Frische der Farbengebung, die aber bei aller Energie die Grenze des Maßvollen und Harmonischen einhält und die mit der objektiven Wahrheit den bedeutendsten subjektiven Gehalt vereinigt. Der Künstler gibt uns keine naturalistische Abschrift der Natur: er schildert sie uns, wie sie durch das Medium einer Persönlichkeit gesehen ist, in eigenartiger Auffassung und eigenartiger Darstellungsweise, deren Kern darin liegt, daß die großen Gebirge mit klaren, großen Ausdrucks Mitteln vorgetragen werden: große farbige Flächen stehen als Licht- und Schattengegenstände gegenüber. Auch hier erscheint die Einfachheit, die Unterdrückung des Kleinen und Unwesentlichen als das Resultat eines reifen künstlerischen Denkens.

Hans Thoma hat seine bekannte Märchenzählerei als Gemälde ausgeführt; der Gegenstand der in diesem Dämmerlicht gehaltenen Gestalten im Vordergrund zu dem fatten leuchtenden Hintergrund ist von schöner poetischer Stimmung; der Zauber der Märchenromantik ist tief empfunden und mit glücklichster malerischer Wirkung wiedergegeben.

K. W.

Badischer Landtag.

8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer

am Samstag, den 24. März 1900,

unter dem Vorsitz des Ersten Vicepräsidenten, Freiherrn Franz v. Bodman.

(Vorläufiger Bericht.)

Am Regierungstische: Minister des Innern Dr. Eisenlohr, Ministerialdirektor Heß, Oberamtmann Siefert, Oberamtsrichter Schwörer, Ministerialrath Dr. Nicolai, später Finanzminister Dr. Buchenberger, Generaldirektor der Großh. Staatsbahnen Staatsrath Eisenlohr, Ministerialrath Tröger.

Die Sitzung wurde um 10 Uhr eröffnet.

Nach Bekanntgabe der neuen Einläufe und der Petitionen wurde der Gesekentwurf, die Zwangsverziehung und die Bevormundung durch Beamte der Armenverwaltung nach den Anträgen der Kommission und einem in der Sitzung von Geh. Rath Dr. Schneider gestellten Antrage einstimmig angenommen.

An der Diskussion beteiligten sich: Geh. Rath Dr. Schenkel, Geh. Rath Dr. Schneider, Minister des Innern Dr. Eisenlohr, Frhr. v. Göler.

Die auf der Tagesordnung stehenden Petitionen wurden den Anträgen der Kommission entsprechend erledigt.

An der Diskussion beteiligten sich Geh. Rath Dr. Schenkel, Frhr. v. Rütz, Kommerzienrath Krafft, Geh. Kommerzienrath Diffeß, Finanzminister Dr. Buchenberger, Generaldirektor der Großh. Staatsbahnen Staatsrath Eisenlohr, Frhr. v. Göler.

Der Gesekentwurf der Steuererhebung im Monat April 1900 betreffend, wurde angenommen.

Schluß der Sitzung: Nach 2 Uhr.

50. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Samstag, den 24. März 1900.

(Vorläufiger Bericht.)

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Ueber die Bitte des Fremdenführers Georg Adam Louis Burkhard in Heidelberg um Verbesserung des Dienstverhältnisses der Fremdenführer am Bahnhof in Heidelberg. (Berichterstatter Abg. Franz) und über die Bitte des Erhard Scherer und Genossen von Schonach, Amts Triberg betreffend die Beschädigung ihrer Wiesen durch Einleitung des Abwassers der Fabrik von Josef Burger Söhne in den Schonachbach (Berichterstatter: Abg. Müller-Weinheim) geht das Haus zur Tagesordnung über.

Die Bitte der Philomena Geiger, Witwe des Hilfswagenrevidenten Adolf Geiger, in Karlsruhe um Erhöhung ihrer Unterstützung (Berichterstatter Abg. Werr) und die Bitte des Gemeinderaths von Dorf-Neühl um Uebernahme der Beleuchtungskosten der neuen Rheinbrücke auf die Großh. Staatskasse (Berichterstatter: Abg. Hoering) wird der Regierung empfehlend zur Kenntniznahme überwiesen.

Schluß der Sitzung halb 12 Uhr.

(Berichtigung.) In der 47. Sitzung am 20. März wurde die provisorische Steuererhebung nicht, wie es im Bericht heißt, bis Ende April, sondern bis 16. Mai verlängert.

* **Karlsruhe, 24. März.** 51. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag, den 26. März 1900, Nachmittags 4 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Fortsetzung der Beratung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1900 und 1901, und zwar: a. Titel XVIII bis XXI der Ausgaben und Titel I, II und IX der Einnahmen. Berichterstatter: Abg. Paul. b. Titel XVI der Ausgaben für Förderung der Landwirtschaft, Titel VII der Einnahmen. Berichterstatter: Abg. Franke.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

* **London, 23. März.** Die Abendblätter veröffentlichten eine Depesche aus Kapstadt, nach der dort heute Nachrichten eingegangen sind, daß General French im Osten von Bloemfontein im Kampf mit den Buren begriffen ist. Das Reutersche Bureau bemerkt dazu, es handle sich offenbar um einen Kampf zwischen der Kavalleriebrigade in Thabanyu und den Buren, die vom Oranje-Flusse sich nordwärts zurückziehen und von den Hügeln im Basutoland in großer Stärke gesehen worden sind.

* **Masern, 24. März.** Während der letzten 48 Stunden haben die Beamten der Regierung die britischen Truppen, welche fünfzig Meilen von hier stehen, durch den Heliographen in steter Kenntniz über die Bewegungen einer mehrere hundert Mann zählenden Burenabtheilung, welche in einer Entfernung von etwa zehn Meilen längs der Grenze des Basutolandes nach Norden zieht. Der Zusammenstoß zwischen Engländern und Buren wird jeden Augenblick erwartet. Ueber hundert Freistaatsbüren des Rouville-Distriktes ergaben sich den Behörden des Basutolandes. Die Ergebung erfolgte in aller Stille an anderen Stellen der Grenze, da die Majorität der Buren noch nicht geneigt ist, die Unterwerfung öffentlich zu bekunden.

* **London, 24. März.** Das Reutersche Bureau meldet aus Kroonstadt: Die Freistaatsbüren kehren in großer Anzahl zurück. Die Regierung verharret bei ihrem entschlossenen Widerstand. Es werden Kommandos in großer Anzahl mobilisiert. Die Burghers sind entschlossener denn je. Eine Proklamation ist erlassen worden, worin Präsident Steijn die Burghers auffordert, dem Aufruf zum Militärdienst Folge zu leisten, den Engländern in keiner Weise zu helfen oder die Waffen niederzulegen, wenn sie nicht durch eine dringende Nothwendigkeit dazu gezwungen würden. Jeder, der diese Vorschriften nicht achtet, würde, als des Hochverrats schuldig, der schärfsten Strafe des Kriegsrechts unterliegen.

* **Warrenton, 24. März.** Reuters-Meldung. Der Feind richtete gestern gegen die Brückenwache ein lebhaftes Gewehrfeuer, welches von den Engländern gelegentlich erwidert wurde. Artillerie trat nicht in Thätigkeit. Augenscheinlich wird einem Flußübergang erbitterter Widerstand entgegengesetzt. Es gingen Nachrichten ein, daß die Farmer an der Nordwestgrenze des Freistaates, welche bereits in ihre Heimstätten zurückgekehrt sind, zurückbeordert wurden und Befehl erhielten, sich über den Fluß nach Transvaal zu begeben.

* **London, 24. März.** Reuters Bureau meldet aus Carnarvon vom 23. März: Von Upington kommende Flüchtlinge theilen mit, daß die Aufständischen zwischen Renhardt und Bantjesville sich verschanzten, um den vorrückenden englischen Truppen Widerstand zu leisten. Das Reutersbureau meldet aus Springfontein vom 23. März: Nach hier eingetroffenen Berichten ist ein Kommando von 500 Buren unter Banderjos, welche bei Fauresmith stehen, entschlossen, bis zum Neubersten zu kämpfen. Der Kommandant Olivier, welcher bei Alvalnorth geschlagen wurde, flieht in der Richtung nach Sandriver mit 300 Mann und 70 Wagen. Die meisten seiner Truppen liegen ihn schon früher im Stich. Olivier's Lage ist bedenklich.

* **London, 23. März.** Die „Times“ meldet aus Bulawayo, 19. d. M.: Nach heftigen Artilleriekämpfen auf eine Entfernung von 2000 Yards am 16. d. M. zog sich Oberst Plumer unter dem Schutze der Dunkelheit nordwärts von Lobatji zurück und befindet sich jetzt bei Crocodilepools.

* **London, 24. März.** Die „Times“ meldet aus Springfontein vom 22. d. M.: Gegenüber der jetzigen Unterwürfigkeit der Freistaatsbürger ist Vorsicht geboten. Es sind Beweise vorhanden, daß deren Haltung nicht ganz aufrichtig ist. Eine große Anzahl der von ihnen übergebenen Gewehre sind ziemlich werthlose Waffen.

* **Kapstadt, 24. März.** Reutersmeldung. Gouverneur Milner ist in Dordrecht eingetroffen.

* **London, 24. März.** Die „Times“ melden aus Lourenço Marques vom 19. d. M.: Halbamtlich wird die plötzliche Absetzung portugiesischer Truppen nach der Grenze Transvaals damit erklärt, daß in Gazaland Unruhen ausbrachen.

* **London, 23. März.** Unterhaus. Der Unterstaatssekretär des Kriegsammtes, Wyndham, erklärt auf Anfrage: Die von den englischen Truppen in Südafrika verwendete Gewehrpatrone ist Marke 2, das ist eine massive Kugel. Die Kugeln Marke 5 wurden eingegeben und von den englischen Truppen nie verwendet. Ebenfalls verwendet die englischen Truppen Dum-Dum-Kugeln. Auf die Anfrage Dillons, ob es nicht Thatsache sei, daß Marke 4, d. h. Expansivgeschosse mit hohler Spitze, hinausgeschickt worden seien, erwidert Wyndham, das könne nicht der Fall sein. Marke 4 war die offizielle Kugel, die die ursprüngliche Garnison am Kap hatte; sie wurde eingegeben und war im Feldzuge nie in Verwendung. Auf Dillons Frage, ob sich nicht eine ungeheure Anzahl Patronen Marke 4 in den Händen der Truppen befänden, erklärt Wyndham, daß diese Patronen eingegeben wurden. Auf Dillons weitere Frage, ob sie nach England zurückgeschickt wurden, erwidert Wyndham, das wisse er nicht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin, 24. März.** Zum Kameruner Telegramm betreffend die Expedition des Hauptmanns v. Besser, die zur Bestrafung der Mörder des Leutnants v. Duetz und des Fortführers Conran entsandt worden war, berichtet die „Nordd.

Allg. Ztg.“ noch: Das Telegramm wurde gefandt von dem Gouverneur Köhler, dem derzeitigen Vertreter des Gouverneurs v. Puttkamer. Assistentenarzt Dr. Dittmer wurde nach Kamerun zurückgebracht und dort im Krankenhaus aufgenommen. Ueber die Einzelheiten der stattgehabten Kämpfe liegen noch keine Mittheilungen vor. v. Besser hatte vermulthet, daß die Station Johann-Albrechts-See den Weg nordwärts eingeschlagen, um durch das Gebiet der Bakundu und Bang die Schnellen des Großflusses zu erreichen. Der am Hirschschlag gestorbene Regierungsssekretär Frhr. v. Gager führte seit August 1899 in Kamerun die bezirksamtlichen Geschäfte.

* **Rom, 23. März.** Kammer. Pantano beantragt Zurückstellung der Vorlage betreffend Aenderung der Geschäftsordnung und begründet seinen Antrag in längerer Rede. Es entsteht ein lebhafter Zwischenfall, als er eine motivirte Tagesordnung beantragt und die Einberufung der Constituenten zur Reform der Verfassung verlangt. Die Majorität erhebt sich mit großer Eile, während die äußerste Linke Beifallskundgebungen laut werden läßt. Der Präsident entzieht alsdann unter dem Beifall der Rechten und Linken der äußersten Linken Pantano das Wort. Pantano spricht sich gegen das Vorgehen des Präsidenten aus und verlangt die Entscheidung der Kammer. Diese billigt durch Aufstehen, resp. Sitzenbleiben das Verhalten des Präsidenten. (Beifall im Centrum und auf der Rechten, Protestrufe auf der äußersten Linken.) Nach der Abstimmung, die Pantano das Wort entzieht, entzieht abermals ein sehr lebhafter Zwischenfall dadurch, daß die äußerste Linke gegen die Gültigkeit der Abstimmung Einsprache erhebt. Pantano will von neuem sprechen. Der Präsident untersagt den Stenographen die Aufnahme der Rede. Pantano fährt unter dem Beifall der äußersten Linken fort zu reden. Darauf unterbricht der Präsident die Sitzung. Nach Wiederaufnahme derselben fordert der Präsident Pantano auf, den Beschluß der Kammer zu achten und die Verhandlungen nicht zu stören. Pantano bezieht unter großem Lärm darauf, sprechen zu wollen, worauf der Präsident die Sitzung aufhebt und fernerlich vor dem Lande erklärt, daß das Verhalten der äußersten Linken den Geschäftsgang der Kammer störe.

* **London, 24. März.** Unterhaus. In den Verhandlungen über die Rosenboranschlüsse des Civildienstes stellt Harel den Antrag, die jetzige Vorsorge für die Unversität, was die Katholiken Irlands anlangt, für unzulänglich zu erklären und zu verlangen, daß den Katholiken Erleichterungen betreffend die Unversitätsbildung ohne gleichzeitige Verletzung der religiösen Gefühle zu sichern seien. Der Erste Lord des Schaks, Balfour, sprach sich warm für den Antrag aus und verwies auf das Vorgehen Deutschlands in der Frage der katholischen Unversitäten. Der Antrag wurde sodann mit 177 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

* **London, 23. März.** Reuters Bureau meldet aus Yokohama: Die japanische Regierung beschloß das Verlangen der koreanischen Regierung abzulehnen, daß alle japanischen Postämter in Korea zu schließen seien.

Verschiedenes.

† **Berlin, 24. März.** (Telegr.) Von einem Mitgließe der Berliner Akademie der Wissenschaften wird den „Neuest. Nachr.“ ein Trinkspruch mitgetheilt, den der Reichsfanzler auf dem von ihm zu Ehren der Akademie gegebenen Festmahl hielt. Es heißt darin:

„Ich bin alt geworden in dem Glauben an den Fortschritt der Menschheit — an den aufsteigenden Fortschritt. Nun gehe ich, daß mein Glaube in den letzten Jahren etwas erschüttert worden ist. Der naturnotwendige Kampf um's Dasein nahm in neuerer Zeit eine Richtung und Form an, die an Vorgänge in der Thierwelt erinnert und einen Fortschritt in absteigender Linie befürchten läßt. Es ist wohlthuend, aus Ihrer Versammlung von Heroen der Geistesarbeit die tröstende Ueberzeugung zu schöpfen, daß noch genügend geistige Kraft und Macht vorhanden ist, die drohende Fluth der materiellen Interessen auf das richtige Maß zurückzubammen.“

† **Paris, 24. März.** (Telegr.) In der gestrigen Sitzung der Académie des inscriptions et belles lettres berichtete Professor Senart über die Feyer der Berliner Akademie und hob hervor, welcher herzlicher Empfang den Delegirten des Instituts allerorts in Berlin bereitet worden sei.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Sonntag, 25. März, 21. Vorst. außer Abonnement. Große Feste. „Götterdämmerung“ in einem Vorspiel und 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende nach 11 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureau für Meteorologie u. Hydrog. v. 24. März 1900.

Während sich eine breite Zone hohen Luftdruckes über Nordeuropa von Westen nach Osten hinzieht, liegt über dem Alpengebiet eine flache Depression, welche in fast ganz Mitteleuropa Regen- und Schneefälle verursacht; nur in den deutschen Küstengebietern ist es heiter. Die Temperaturen sind bei nördlichen bis südlichen Winden noch weiter etwas gesunken. Fortdauer des trübten und rauhen Wetters mit Regen- und Schneefällen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in %	Windst. in m/sec.	Wind	Simmel
23. Nachts 9 ⁰⁰ U.	741.4	25	5.4	98	Still	bedeckt 1)
24. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	741.0	20	5.2	96	St.	„
24. Mittags 2 ⁰⁰ U.	741.5	6.3	5.8	81	„	„

1) Regen.

Höchste Temperatur am 23. März: 5.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 1.5.

Niederschlagsmenge des 23. März: 26.9 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 24. März: 3.79 m, gestiegen 22 cm.

Berichterstatter: Reaktor. Julius Raß in Karlsruhe.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co., Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.

Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystall, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuer, Hotel- und Hauseinrichtungen.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe, En detail.

Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz. Bedeutendes Spezialgeschäft in Bejagartikeln, aller Arten Bejagstoffen, Kassimenten, Spitzen, Knöpfen, Weißwaaren, Handarbeiten, Seiden, Seidenstoffe, Seidenstoffe, Seidenstoffe.

**Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.**

Schmerz erfüllt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die Mittheilung, dass unser lieber, treu- besorgter Vater, Bruder, Grossvater, Onkel und Gross- onkel

Herr J. H. Ettlinger

heute Nachmittag 5 Uhr im Alter von 71 Jahren nach langem Leiden verschieden ist.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag den 26. d. Mts., Vormittags 10^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle der isr. Religionsgesellschaft statt. 3.656

Todes-Anzeige.

Tiefgebeugt und schmerz erfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, dass unser früherer Senior-Chef

Herr J. H. Ettlinger

heute nach längerem Leiden verschieden ist.

Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen lieben theuren Verwandten und langjährigen Leiter unserer Firma, dessen rastloser Fleiss und lauterer Charakter uns stets ein Vorbild sein wird und bitten demselben ein gutes Andenken bewahren zu wollen.

Karlsruhe, den 23. März 1900.

J. Ettlinger & Wormser.

3.657

In Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg ist soeben erschienen:

Hahn, Dr. Ed., Die Wirthschaft der Welt am

Ausgange des XIX. Jahrhunderts. Eine wirth-

schaftsgeographische Kritik nebst einigen positiven Vorschlägen. Leg.-S. brosch. 5 M. 50 Pf.; fein in Leinwand geb. 7 M.

Jede Seite des Verfassers befindet ihren Ursprung aus lebendigen, dem handelnden Leben zugewandter Empfindung und aus dem starken Drange, der Menschheit durch die Aufweisung des rechten wirtschaftlichen Weges praktischen Nutzen zu schaffen. Die Ziele des Verfassers beschränken sich nicht auf die Tagespolitik oder vereinzelte Massnahmen, sie sind vielmehr umfassender Art und wollen der gesammten Zukunftsentwicklung des Menschengeschlechts die Bahn weisen.

Das ein derartiges Buch das Interesse der weitesten Kreise zu fesseln imstande ist, liegt auf der Hand; es ist keine Gelehrtenchrift, sondern für die Gesammtheit der Gebildeten bestimmt. Der Verfasser hat schon manche werthvolle Gabe dargeboten und vielfach neuen leitenden Ideen Bahn gebrochen, so dass man auch von dem vorliegenden Werke hochgepante Erwartungen hegen darf. Durch die Lesart aber wird die Berechtigung solcher Erwartungen, wie wir uns zuversichtlich zu behaupten getrauen, außer allen Zweifel gesetzt. D. B.

Vorstehende Ausführungen, aus bekannter, berufener Feder, charakterisieren trefflich den Inhalt des Wertes und erheben uns jeder Empfehlung. Vorrätig und zu beziehen durch die Braun'sche Hofbuchhandlung (G. Pilmeyer). 3.615

Vereinigung von Besitzern

4 proz. Atlantic & Pacific R. R. Co. guar. Trust Gold Bonds.

Nachdem die in der Generalversammlung vom 21. d. M. ernannten Revisoren die Schlussabrechnung geprüft und richtig befunden haben, gelangen nunmehr die **Restcertificats** mit

Mark 36,75 pro Stück

zur Einlösung. Dieselben können von heute ab bei der **Frankfurter Bank** in den üblichen Vormittagsstunden mit quittirter Nota einkassirt werden. Zur Erhebung für die bei genannter Bank zur Anmeldung für die letzte Generalversammlung eingelieferten Certificate genügt es, die Depositalscheine, mit quittirter Nota versehen, zurückzuliefern.

Frankfurt a. Main, 23. März 1900.

Atlantic & Pacific Comité in Liquid.

S. Neustadt, Vorsitzender.

Dr. Carl Schmidt-Polex, Schriftführer. 2.647

JUWELEN

CONFIRMATIONS-GESCHENKE

in GOLD u. SILBER in neuer sehr grosser Auswahl. **G. SCHMIDT-STAUß,** 154 Kaiserstr. Karlsruhe. 154 Kaiserstr.

Flotten-Petition.

Die in Nr. 81 dieses Blattes (Anzeigenteil) abgedruckte **Petition** an den Reichstag um Bewilligung der notwendigen **Flottenvermehrung** liegt bei folgenden Stellen auf:

- Eigarrenhändler **Felix Kühnel**, Durlacher Allee 4.
- Buchhändler **Jahraus**, Waldhornstraße 26.
- Kaufmann **Behe**, Adlerstraße 44.
- Expedition der „**Karlsruher Zeitung**“, Carl-Friedrichstr. 14.
- Eigarrenhändler **v. Kestow** (Max Kestow), Kaiserstr. 141.
- Buchhändler **Ulrici**, Kaiserstr. 157.
- Eigarrenhändler **M. Keller**, Kaiserstraße 179.
- Kaufmann **Otto Maber**, Wilhelmstraße 20.
- Architekt **G. Jünser**, Söfienstr. 88.
- Otto Ammon**, Dirschstr. 114.
- Stadttrath **Roß**, Rheinstr. 44 (Mühlburg).

Jeder zum Reichstag **wahlberechtigte** Deutsche ohne Unterschied der Partei ist zur **Unterzeichnung** freundlichst eingeladen. Es gilt dem deutschen Namen **Achtung** und der deutschen Arbeit **Ehre** zu verschaffen!

Die Mitglieder des **Alldutschen Verbandes** werden es als **Ehrenfache** betrachten, die Unterzeichnung nicht zu veräumen. 3.655.1

Alldutscher Verband. Ortsgruppe Karlsruhe.

Der Vorstand.

Goldene Bruchleidenden Frauen PARIS 1896.

empfehle meine äusserst bequem und sicher sitzenden **Gürtelbruchbänder ohne Federn.**

Weib-, Nabel-, Vorfalla- und Umstandsbinden, sowie sämtliche für Frauen passende Artikel. Meine Vertreterin ist nur für Frauen zu sprechen und zeigt Muster vor in **Karlsruhe: Mittwoch den 28. März 8-6, Hotel zur alten Post**, Ecke Hebel- u. Kreuzstraße. Auf Wunsch komme in die Wohnung. Baudagenfabrik **L. Bogisch**, Stuttgart, Reuchlinstr. 6.

Institut Friedländer.

Pensionat und Externat.

Wiederbeginn des Unterrichts **Dienstag, den 24. April, Vormittags 9 Uhr.** Vorprüfung der neuen Schülerinnen: **Montag, den 23. April, Vormittags 9 Uhr.** Prospekte zur Verfügung.

Etwasige Anmeldungen werden vor **Freitag, den 6. April** erbeten. 3.556.1

Die Vorsteherin: **Addy Friedländer.**

Rheinische Creditbank.

Einbezahltes Aktienkapital **40 Millionen Mark.**
Reserven **10 Millionen Mark.**

Filiale Karlsruhe

neues Bankgebäude **Waldstrasse Nr. 1, Ecke Zirkel und Waldstrasse,** übernimmt

unter voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes

- a. Werthgegenstände in verschlossenem Zustande,**
- b. Werthpapiere zur Verwahrung und Verwaltung** (offene Depots)

auch Hypotheken u. dergl. Dokumente, ebenso Vormundschafts- und gesperrte Depots, sowie solche, von denen die Nutzniessung dritten Personen zusteht. Die zur Verwaltung übergebenen Werthpapiere werden als gesonderte Depots und als Sondereigentum der einzelnen Hinterleger ohne Vermengung mit anderen Beständen aufbewahrt.

Ausser allen mit der Verwaltung von Werthpapieren zusammenhängenden Verrichtungen, als: Incasso der Coupons, Ueberwachung der Verloosungen und Kündigungen, Einlösung verlooster und gekündigter Obligationen, Erhebung neuer Couponsbogen, Ausübung von Bezugsrechten etc. sind damit verbunden:

- 1. Der An- und Verkauf von Werthpapieren.
- 2. Die Eröffnung laufender Rechnungen (Conti-Correnti).
- 3. Die Gewährung verzinslicher Vorschüsse.
- 4. Die Uebernahme von Baareinlagen gegen Zinsvergütung.
- 5. Die Ausstellung von Reise-Creditbriefen auf das In- und Ausland.

Seit Herstellung unseres neuen, vollständig feuersicheren Gebäudes, das ausschliesslich nur Bank-Zwecken dient, sind wir in der Lage, unseren Clienten durch zweckmässige Einrichtungen die grössten Bequemlichkeiten und durch die Anlage unserer Tresors die höchste Sicherheit zu bieten. Die Tresors sind nach den neuesten Erfahrungen der Technik hergestellt und gewähren die denkbar grösste Garantie gegen jegliche Gefahr.

Des Weiteren empfehlen wir zur Selbstverwaltung von Vermögen die in dem Untergeschoss unseres Neubaus ebenfalls in feuer- und diebessicheren, mit Stahlpanzerung nach neuestem System versehenen und ebenso verschliessbarem Gewölbe eingerichteten

Stahlkammern (Safes)

unter Selbstverschluss der einzelnen Miether. Für die hierbei mit der Verwaltung entstehenden notwendigen Manipulationen, wie Abtrennung von Coupons etc. sind mehrere praktisch eingerichtete, vollständig abgeschlossene Räumlichkeiten zur speziellen Benutzung der Miether dieser Stahlkammern vorhanden. 3.304.3

Filiale der Rheinischen Creditbank, Karlsruhe.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Stellenbergebung.

Die nicht etatmäßige Stelle des Vorstandes der städtischen Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel, sowie Gebrauchsgegenstände, soll auf 1. Juli ds. Js. anderweit besetzt werden.

Der Gehalt beträgt einschließlich des Mietzinses für das städtische Laboratorium jährlich 2000 M.

Bewerber, welche die Prüfung für Nahrungsmittelchemiker (Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 18. August 1894) abgelegt und auf dem fraglichen Gebiete schon praktisch thätig waren, wollen ihre Gesuche unter Anschluß von Zeugnissen binnen 3 Wochen dahier einreichen.

Freiburg i. Br., den 13. März 1900.

Der Stadtrath:

Dr. Winterer.

3.623.1

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, anerkannt vorzügl. Qualitäten, empfehlen 18-161.7 **Ludwig Oehl** Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116.

Bei der Großh. Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen wird auf 1. April l. J. die Stelle eines

Berwaltungsgehilfen

zur Erledigung kommen und soll unverzüglich wieder besetzt werden. Bewerber aus der Zahl der Finanzgehilfen, welche bereits ein Jahr bei der Finanzverwaltung zugebracht haben, werden aufgefördert, ihre Zeugnisse vor Monatschluß der Anstaltsdirektion vorzulegen.

Anfangsgehalt 1100 M. Dem Inhaber der Stelle ist gestattet, gegen mäßige Vergütung am Kostplatze der Anstalt theilzunehmen. 3.620.1

Himmelheber & Vier, Wäschefabrik, Karlsruhe, Kaiserstraße 171, liefern **Braut- & Kinder-Ausstattungen** in nur gediegener Ausführung zu billigen Preisen. Streng reelle Bedienung.

Militärinstitut Darmstadt, Vorbereitung f. Fähnrichs-, Marine-, Primaner- u. Freiw.-Examen. Vorst. Carl Waldecker, Hauptm. d. L. früh. act. im Ingen.-Corps.

Bermischte Bekanntmachungen.

3.615. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

An Stelle des vom 1. Juni 1891 ab gültigen Tarifs für die Beförderung von lebenden Thieren im Verkehr zwischen Stationen der Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen einerseits und Stationen der Kgl. Württemb. Staats-Eisenbahnen andererseits kommt am 1. April l. J. ein neuer Tarif zur Einführung.

Die in den Tarif aufgenommenen Zusatzbestimmungen sind gemäß der Vorschrift unter I^o der Verkehrs-Ordnung genehmigt worden.

Exemplare des Tarifs sind zum Preise von 0,40 M. für das Stück bei dem diesseitigen Gütertarifbureau erhältlich.

Karlsruhe, den 21. März 1900. Namens der Verbandsverwaltungen Großh. Generaldirektion der Bad. Staats-Eisenbahnen.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Auf 1. April 1900 erscheint ein neuer Tarif für die Beförderung von Gepreßgut auf den badischen Staatsbahnen, durch den der Tarif vom 1. Januar 1893 aufgehoben wird.

In den Tarif sind die Bodenseeferstationen Dingelsdorf, Hagau, Jumenthaud und Staad bei Konstanz neu einbezogen worden; sonst treten wesentliche Änderungen gegen bisher nicht ein.

Die in den Tarif aufgenommenen besonderen Bestimmungen zur Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung sind gemäß den Vorschriften unter I^o genehmigt worden.

Karlsruhe, den 20. März 1900. Großh. Generaldirektion.